

Ausgabe Nr. 3 / 10.3.2005

In aller Kürze

➤ Mehr als ein Sechstel aller Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland gehörte im Jahr 2001 zu den Geringverdienern (vgl. Graphik). Diese Quote ist seit Ende der 90er Jahre gestiegen, liegt aber immer noch nahe beim Durchschnitt aller EU-Länder.

➤ Ein überdurchschnittliches Niedriglohnrisiko tragen Frauen, Beschäftigte in Ostdeutschland, Geringqualifizierte, Jugendliche und junge Erwachsene, Beschäftigte in Kleinbetrieben sowie im Dienstleistungsbereich und Handel.

➤ Ein Niedriglohn-Arbeitsplatz fungiert nicht immer als Sprungbrett nach oben: Nur eine Minderheit der Geringverdiener schaffte im Zeitraum 1996 bis 2001 den Aufstieg in eine besser bezahlte Position.

➤ Die Aufstiegschancen von westdeutschen Niedriglohnbeschäftigten waren zwar besser als im gesamtdeutschen Durchschnitt, aber wesentlich schlechter als in einem weiter zurückliegenden Vergleichszeitraum (1986 bis 1991).

➤ Die Aufstiegsmobilität der Geringverdiener ist damit in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Dieser Trend stellt auch im internationalen Vergleich eine Besonderheit dar.

Autor/in

**Thomas Rhein
Hermann Gartner
Gerhard Krug**

Niedriglohnsektor

Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert

Seit 1997 hat der Anteil der Niedriglohnverdiener unter den Vollzeitbeschäftigten in Deutschland zugenommen

Seit Jahren steht die Schaffung von mehr Niedriglohn-Arbeitsplätzen für wettbewerbsschwächere Personen mit geringer Produktivität auf der politischen Agenda. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass so dauerhaft mehr Beschäftigung entsteht. Dabei sind allerdings spezifische Risiken zu bedenken. So zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass Niedriglohn-Beschäftigungsverhältnisse häufig instabil und von kurzer Dauer sind, was einer langfristigen Integration von Erwerbslosen in der Regel nicht förderlich ist. Für viele Arbeitnehmer wird der Niedriglohnsektor zudem zur so genannten Niedriglohnfalle: Sie können ihn nicht immer als Sprungbrett in bessere Verdienstpositionen nutzen.

Je geringer die Aufstiegschancen sind, desto unattraktiver ist die Beschäftigung im Niedriglohnsektor und desto größer ist das Risiko der dauerhaften Niedriglohnarmut für die Betroffenen. Will man diesem Armutsrisiko mit Lohnsubventionen oder Sozialtransfers entgegenreten, entstehen zusätzliche Kosten – was auch aus politischer Perspektive durchaus wichtig ist.

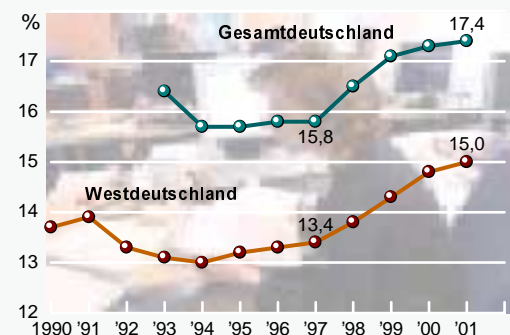
Dieser Kurzbericht analysiert die Aufwärtsmobilität von Geringverdienern in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aus empirischer Perspektive. Um die Befunde richtig einordnen zu können, werden zuvor Daten zur Größe und Struktur des Niedriglohnsektors präsentiert. Ebenso ist die Position Deutschlands im internationalen Vergleich von Bedeutung.

Abgrenzung des Niedriglohnsektors

Die folgende Analyse beruht auf Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe und konzentriert sich auf Niedriglöhne bei den sozialversicherungspflichtigen Voll-

Geringverdiener in Deutschland

Entwicklung der relativen Größe des Niedriglohnsektors, in % aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten



Anmerkung: Die Anteile wurden anhand des jeweiligen Medianlohns berechnet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS-R01)

© IAB

zeitbeschäftigten (ohne Auszubildende). Damit wird zwar in Kauf genommen, dass Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung ausgeblendet bleiben, dafür ist aber mit der Vollzeitbeschäftigung ein Kernbereich des Arbeitsmarkts erfasst. Außerdem bietet die IAB-Beschäftigtenstichprobe eine besonders umfassende und verlässliche Quelle von Lohn- und Gehaltsdaten (vgl. *Exkurs-Kasten unten*). Die aktuellsten Daten, die zur Auswertung zur Verfügung standen, reichen bis zum Jahr 2001.

Wann ist ein Lohn ein Niedriglohn? Dies ist eine Definitionsfrage und jede Antwort darauf in gewisser Weise willkürlich. Denn von der Wahl der Schwelle hängt auch die Größe des Niedriglohnssektors ab. Allerdings lässt sich zeigen, dass Aussagen zu Entwicklungstrends weitgehend robust gegenüber unterschiedlichen Niedriglohnschwellen sind.

In international vergleichenden Analysen wird oft eine Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt, die bei 2/3 des nationalen Medianlohns liegt.¹ Letzterer ist ein "Durchschnittslohn", allerdings nicht im Sinne eines arithmetischen Durchschnitts. Der Median ist der Wert, der in der Mitte einer Zahlenreihe liegt. Ein Beschäf-

tigter, der den Medianlohn verdient, liegt also genau in der Mitte der Lohnverteilung: Die Hälfte aller Beschäftigten verdient mehr, die andere Hälfte weniger als den Medianlohn. Selbstverständlich geht es dabei nicht um Tariflöhne, sondern um effektiv gezahlte (Brutto-)Löhne.

Auch die vorliegende Analyse verwendet diese Abgrenzung. Als Niedriglohn gilt im Folgenden also ein Lohn, der unterhalb von 2/3 des Medianlohns aller in der Stichprobe erfassten Vollzeitbeschäftigten liegt. In den Berechnungen wurde das gemeldete Brutto-Entgelt zugrunde gelegt.

Größe des Niedriglohnssektors bei Vollzeitbeschäftigten

Die Graphik auf Seite 1 informiert über den Anteil der vollzeitbeschäftigten Geringverdiener² an allen Vollzeitbeschäftigten und darüber, wie sich dieser Anteil seit der deutschen Einheit in Westdeutschland und Gesamtdeutschland entwickelt hat. Da vollständige Daten für die neuen Bundesländer erst seit 1993 vorliegen, kann auch der gesamtdeutsche Anteil erst ab diesem Jahr berechnet werden.

Im Jahr 2001 waren 17,4 Prozent, also gut ein Sechstel aller Vollzeitbeschäftigten, Geringverdiener. Nach anfänglichem Rückgang und Konsolidierung zur Mitte der 90er Jahre ist der Anteil der Niedriglohnbezieher seit 1997 gestiegen. Das entspricht einer absoluten Zunahme seit 1996 um knapp 200.000 auf rund 3,63 Mio. Personen in 2001. Der gleiche Trend ist auch in Westdeutschland alleine zu beobachten. Hier liegt der Anteil der Geringverdiener – wegen des geringeren Verdienstniveaus im Osten – stets niedriger als in Gesamtdeutschland. Die Vollzeit-Niedriglohnschwelle lag 2001, umgerechnet auf ein (Brutto-)Monatsgehalt, im Westen bei rund 1.700 Euro, in Gesamtdeutschland bei rund 1.630 Euro. Sonderzahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld sind darin anteilig enthalten. Der Schwellenwert war zwischen 1993 und 2001 um gut 19 Prozent gestiegen (Gesamtdeutschland); preisbereinigt, d.h. unter Berücksichtigung der Inflationsrate, jedoch nur um 3,9 Prozent.

Die internationale Perspektive

Wie sind die Befunde im internationalen Vergleich einzuordnen? Dazu wurden z.B. von der OECD und der EU empirische Analysen vorgelegt. Allerdings sind internationale Vergleiche auf diesem Gebiet mit einigen Problemen verbunden (vgl. *Exkurs*). Unter diesem Vorbehalt kann man daraus folgendes Resümee ziehen: Die Größe des deutschen Niedriglohnssektors liegt etwa im EU-Durchschnitt, bzw. seit Ende der 90er Jahre leicht über diesem Durchschnitt. In der EU ist der Anteil der Geringverdiener in Großbritannien am höchsten; noch wesentlich höher ist er allerdings in den USA.

Struktur des Niedriglohnssektors

Bestimmte Personengruppen sind unter den Vollzeit-Geringverdienern überrepräsentiert, d.h. einem überdurchschnittlich hohen Niedriglohnrisiko ausgesetzt (vgl. *Tabelle 1*). So stellten Frauen im

Exkurs

Datenquellen zum Niedriglohnssektor

Die IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS-R01) ist eine 2 %-Stichprobe aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, die wiederum die Daten aus den Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger enthält. Im Jahresdurchschnitt 1993-2001 sind in IABS-R01 über 400.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten. Im Jahr 2001 waren davon gut 82 % in West- und knapp 18 % in Ostdeutschland beschäftigt. Zwar sind darunter auch Teilzeitbeschäftigte, aber ohne Angaben zur Arbeitszeit, so dass eine direkte Vergleichbarkeit von Vollzeit- und Teilzeittöhnen nicht möglich ist. Eine nähere Beschreibung von IABS-R01 findet sich bei Hamann u.a. 2004.

Dagegen beruhen international vergleichende Auswertungen für die EU-Länder auf dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP), das z.B. für Deutschland eine wesentlich schmalere Datengrundlage liefert als die IAB-Beschäftigtenstichprobe. Ferner werden die Einkommensdaten des ECHP durch Selbstauskünfte der Befragten ermittelt, was die Validität dieser Daten im Vergleich zu administrativ erhobenen Daten einschränkt. Zudem werden im ECHP nicht nur Vollzeitbeschäftigte, sondern alle Beschäftigte ab einer Wochenarbeitszeit von 15 Stunden berücksichtigt. Aus diesen Gründen weichen die mit den ECHP-Daten ermittelten Anteile des Niedriglohnssektors in Deutschland von den Werten ab, die anhand von IABS errechnet sind. Im Übrigen zeigen aber beide Datenquellen übereinstimmend den gleichen Trend an, nämlich eine Zunahme des Anteils der Niedriglohnbeschäftigten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.

¹ So z.B. in den Studien der OECD (1996, 2003) und der EU (2004).

² Die Begriffe "Geringverdiener" und "Niedriglohnbeschäftigte" werden synonym verwendet.

Tabelle 1

Niedriglohnrisiko von ausgewählten Beschäftigtengruppen (Vollzeitbeschäftigte) im Jahr 2001		
Beschäftigtengruppen	Anteil an der Niedriglohn- beschäftigung in %	Anteil an allen (Vollzeit-) Beschäftigten in %
Frauen	57,0	34,9
in Ostdeutschland Beschäftigte (einschl. Berlin-Ost)	37,8	17,6
in Westdeutschland Beschäftigte	62,2	82,4
ohne abgeschlossene Ausbildung	15,2	11,5
mit abgeschlossener Berufsausbildung	60,0	63,3
Abitur (mit oder ohne Berufsausbildung)	2,5	4,9
(Fach-)Hochschulabschluss	1,4	9,9
unbekannt	21,0	10,5
Alter bis 24 Jahre	16,1	7,2
25-54 Jahre	76,2	82,9
55-64 Jahre	7,8	10,0
Nicht-deutsche Staatsbürgerschaft	8,9	7,0
Beschäftigte in Kleinbetrieben (bis 20 Beschäftigte)	52,7	26,7
Dienstleistungen	45,0	32,4
dar: haushaltsbezogene Dienstleistungen (einschl. Hotel- und Gaststättengewerbe)	13,4	4,4
Handel	15,9	12,7

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS-R01)

Jahr 2001 nur knapp 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, aber 57 Prozent der Niedriglohnverdiener. Überrepräsentiert sind ferner Beschäftigte in Ostdeutschland, was in Anbetracht des generell niedrigeren Verdienstniveaus dort nicht überrascht. Dennoch war die Mehrzahl der Geringverdiener, nämlich knapp 2/3, im Westen beschäftigt. Des Weiteren sind jüngere Beschäftigte einem höheren Niedriglohnrisiko ausgesetzt als ältere. Das erscheint plausibel und stimmt – wie auch das hohe Niedriglohnrisiko von Frauen – mit den Befunden in anderen Industrieländern überein. Ferner tragen Geringqualifizierte (ohne Ausbildung) das höchste Risiko, allerdings hat die Mehrheit der Niedriglohnbezieher eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Zudem ist eine Konzentration auf Kleinbetriebe sowie auf bestimmte Wirtschaftszweige festzustellen, vor allem Handel und Dienstleistungsbereich. Eine ausführlichere Strukturanalyse erscheint demnächst in dem neuen IAB-Monitor.³

³ Eine Strukturanalyse des Niedriglohnsektors für die Jahre 1980 und 1997, die allerdings auf Westdeutschland beschränkt ist, wurde bereits von Schäfer (2003) vorgelegt.

Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten

Bereits eingangs wurde auf die Bedeutung der Aufstiegschancen in bessere Verdienstpositionen hingewiesen. Wie groß sind diese Chancen und wie haben sie sich im Zeitverlauf entwickelt?

Diese Fragen wurden wiederum mit Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe untersucht. Der erste Schritt ist eine Verbleibsanalyse für Personen, die 1996 (Stichtag: 30. Juni) sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigt und zugleich Geringverdiener waren. **Tabelle 2** infor-

Tabelle 2

Niedriglohn-Vollzeitbeschäftigte 1996 in Deutschland und ihr Verbleib im Jahr 2001		
	Fallzahlen von IABS-R01	Anteile in %
Vollzeit-Niedriglohnbezieher 1996	62.307	100,0
Verbleib in 2001:		
nicht (mehr) sozialversicherungspflichtig beschäftigt	20.981	33,7
in Leistungsbezug (Alg, Alhi, Uhg)	3.799	6,1
in Teilzeitbeschäftigung (einschl. geringfügig Beschäftigte)	6.788	10,9
weiter in Vollzeitbeschäftigung	30.739	49,3

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS-R01)

miert über ihren Verbleib im Jahr 2001 (wiederum zum Stichtag 30.6.), also über einen Fünf-Jahres-Zeitraum hinweg.

Nach fünf Jahren war gut ein Drittel (33,7 %) nicht (mehr) sozialversicherungspflichtig beschäftigt, etwa wegen Rückzug aus dem Erwerbsleben oder wegen Selbständigkeit. Über ihren genauen Verbleib erlauben die Daten jedoch keine Aussage. Außerdem bezogen 6,1 Prozent Leistungen vom Arbeitsamt wegen Arbeitslosigkeit oder Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen, 10,9 Prozent waren teilzeitbeschäftigt. Knapp die Hälfte (49,3 %) war weiterhin (oder wieder) vollzeitbeschäftigt.

Entscheidend für die Ausgangsfrage ist die Verdienstposition dieser weiterhin Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2001. **Tabelle 3** (Seite 4) zeigt: 32,5 Prozent, also ein knappes Drittel von ihnen hat den Sprung über die Niedriglohnschwelle geschafft, gut zwei Drittel gehören immer noch (oder wieder) zu den Geringverdienern.⁴

Wenn man die Analyse für den gleichen Zeitraum auf Westdeutschland beschränkt und dabei den westdeutschen Medianlohn zugrunde legt, zeigt sich: Der Anteil derjenigen, die 2001 weiter vollzeitbeschäftigt war, ist mit 49,4 Prozent fast identisch mit dem Wert für Gesamtdeutschland. Davon schaffte aller-

⁴ Ergänzend lässt sich zeigen, dass die Aufstiegs-wahrscheinlichkeit für bestimmte Personengruppen deutlich höher liegt als 32,5 %. Das gilt für Männer, in Westdeutschland Beschäftigte, Hochqualifizierte, Jugendliche und junge Erwachsene sowie für Personen, die zwischen 1996 und 2001 den Betrieb gewechselt haben. Dazu sei auf die detaillierteren Analysen im IAB-Monitor verwiesen.

dings ein höherer Anteil, nämlich 37,1 Prozent, den Sprung in bessere Verdienstpositionen (vgl. **Tabelle 3**). Dass dieser Anteil im Westen höher liegt, ist plausibel, denn das durchschnittliche Verdienstniveau ist in den neuen Ländern deutlich niedriger – für Vollzeitbeschäftigte lag es 2001 bei rund 71 Prozent des westdeutschen Durchschnitts – und damit haben es ostdeutsche Beschäftigte auch schwerer, die gesamtdeutsch definierte Niedriglohnschwelle zu überspringen.

Wie sind diese Befunde einzuordnen und zu bewerten? Dazu ist zum einen der Vergleich mit einem weiter zurückliegenden Zeitraum sinnvoll, zum anderen der internationale Vergleich.

Zunächst ein Blick zurück auf die Jahre 1986 bis 1991. Natürlich kann diese Zeitspanne nur für Westdeutschland ausgewertet werden (**Tabelle 3 unten**).

Damals hatte über die Hälfte der 1986 beschäftigten Geringverdiener, die 1991 weiter vollzeitbeschäftigt waren, in diesem Zeitraum den Sprung über die Niedriglohnschwelle geschafft. Der Vergleich der beiden Zeiträume 1986-1991 und 1996-2001 zeigt also eine deutliche Abnahme der Lohnmobilität und eine Tendenz zur Verfestigung der Niedriglohnbeschäftigung.

Die internationale Perspektive

Auch wenn man internationale Vergleichsstudien heranzieht, fällt die sinkende Dynamik der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf. Die OECD untersuchte ebenfalls den Zeitraum 1986-1991 (OECD 1996). Den Ergebnissen zufolge lag die Aufstiegswahrscheinlichkeit von (west)deutschen Geringverdienern damals noch ungefähr im EU-Durchschnitt – und weit höher als in den USA.

Die EU hat eine ähnliche Analyse für 12 EU-Länder und für die Jahre 1995 bis 2001 wiederholt (European Commission 2004) und kommt zu diesem Befund: Deutschland ist nunmehr das Schlusslicht. In allen anderen untersuchten Ländern ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit höher. Das ist umso bemerkenswerter, als die Größe des deutschen Niedriglohnssektors den Erhebungen zufolge im Jahre 2000 mit 15,7 Prozent der Gesamtbeschäftigten nur leicht über dem Durchschnitt der 12 Länder (15,1 %) liegt.

Tabelle 3

Aufstiegsmobilität von Niedriglohn-Vollzeitbeschäftigten in einem Fünf-Jahres-Zeitraum		
	Niedriglohnbezug	über der (West-) Niedriglohnschwelle
	in %	
Gesamtdeutschland		
Niedriglohnbezug in 1996, in 2001 weiterhin vollzeitbeschäftigt	67,5	32,5
Westdeutschland		
Niedriglohnbezug in 1996, in 2001 weiterhin vollzeitbeschäftigt	62,9	37,1
Niedriglohnbezug in 1986, in 1991 weiterhin vollzeitbeschäftigt	49,3	50,7

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS-R01)

Auch in Großbritannien, das mit 19,4 Prozent einen deutlich größeren Niedriglohnsektor hat, sind die Aufstiegschancen von Geringverdienern höher als in Deutschland.

Fazit

Die Analysen belegen einen bemerkenswerten Trend: Die Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten ist in Deutschland im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte deutlich zurückgegangen. Dieser Befund sollte nachdenklich stimmen – auch im Hinblick auf das Risiko der Niedriglohnarmut.

Einer international vergleichenden Studie der OECD (OECD 1998) zufolge war dieses Risiko hierzulande bisher relativ begrenzt. Allerdings wurden die entsprechenden Daten schon im Jahre 1993 erhoben. Damals lebten in Deutschland "nur" 9,7 Prozent aller Vollzeit-Niedriglohnbeschäftigten in armen Haushalten. Als Armutsschwelle wird die Hälfte des Median-Haushaltseinkommens verwendet. Weitere 10,9 Prozent lebten in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb des Medians, aber oberhalb der Armutsschwelle.

Wenn der beobachtete Trend anhält, dass immer mehr Beschäftigte in der "Niedriglohnfalle" festsitzen, steht zu befürchten, dass auch ihr Armutsrisko dauerhaft steigt.

Daher ist den Ursachen für die gesunkene Aufstiegsmobilität der Geringverdiener nachzugehen. Dazu seien einige Hypothesen formuliert:

➤ Möglicherweise sind die Aufstiegschancen um so besser, je günstiger die allgemeine Arbeitsmarktentwicklung verläuft. Dafür spricht, dass zwischen 1986 und 1991 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Westdeutschland um 2,5 Mio. (11,9 %) zunahm, zwischen 1996 und 2001 dagegen nur um 0,7 Mio. (3,4 %).

➤ In der Literatur zur Niedriglohnfalle (z.B. Carone u.a. 2003) wird oft auf das Steuer- und Abgabensystem und seine Wirkung auf das Arbeitsangebot hingewiesen: Je höher die Grenzbelastung der Löhne mit Steuern und Abgaben ist, desto weniger lohnt es sich für Beschäftigte, ihr Einkommen durch zusätzliche Arbeitsanstrengungen oder Bildungsinvestitionen zu erhöhen. Zweifellos ist die Abgabenbelastung in Deutschland seit Beginn der 90er Jahre deutlich gestiegen.

➤ Denkbar sind auch zunehmende Segmentierungstendenzen auf betrieblicher Ebene. In diese Richtung weist der Befund, dass Betriebswechsler im Zeitraum 1996-2001 eine deutlich höhere Aufwärtsmobilität hatten als Personen, die im selben Betrieb verblieben. Von den Betriebswechslern schafften 40,4 Prozent den Sprung über die Niedriglohnschwelle, dagegen nur 31,5 Prozent derjenigen, die im selben Betrieb verblieben. Allerdings reicht das als Beweis für die Segmentationshypothese noch nicht aus.

An dieser Stelle muss deshalb offen bleiben, welchen Einfluss diese Faktoren – oder auch andere – auf die sinkende Dynamik der Niedriglohnbeschäftigung

haben. Dies bleibt weitergehenden Forschungen vorbehalten.

Ungeachtet dessen stellt sich die Frage nach den politischen Schlussfolgerungen: Ist die Schaffung von mehr Niedriglohnjobs abzulehnen? Dieser Schluss ist nicht zwingend. Denn es können zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, die sonst nicht entstanden wären. Außerdem kann auch ein dauerhafter Niedriglohnjob die bessere Alternative zur Langzeitarbeitslosigkeit sein, selbst wenn er subventioniert ist. Allerdings sollten Niedriglohnjobs, die in der einen oder anderen Form subventioniert werden, auch für möglichst viele eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen.

Darüber hinaus könnte die Aufwärtsmobilität mit geeigneten Maßnahmen erhöht werden. Denkbar sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote auf betrieblicher oder auch auf überbetrieblicher Ebene, mit denen niedrig qualifizierte Geringverdiener ihre Produktivität erhöhen können. Diese Angebote sollten auf die besonders gefährdeten Personengruppen zugeschnitten sein.

Literatur

Carone, G.; Salomäki, A.; Immervoll, H.; Paturot, D. (2003): Indicators of unemployment and low-wage traps (marginal effective tax rates on labour). European Economy, Economic Paper No. 197

European Commission (2004): Employment in Europe, Chapter 4: Labour market transitions and advancement: temporary employment and low-pay in Europe.

Hamann, S.; Krug, G.; Köhler, M.; Ludwig-Mayerhofer, W.; Hacket, A. (2004): Die IAB-Regionalstichprobe 1975-2001: IABS-R01. ZA-Information 55

OECD (1996): Employment Outlook, Chapter 3: Earnings Inequality, Low-paid Employment and Earnings Mobility.

OECD (1998): Employment Outlook, Chapter 2: Making the Most of the Minimum: Statutory Minimum Wages, Employment and Poverty.

Schäfer, C. (2003): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 7/2003, S. 420-428

Impressum

IAB Kurzbericht
Nr. 3 / 10.3.2005

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
D-90327 Nürnberg
telefonisch: 0911/179-3025
online: www.iab.de

IAB im Internet:
<http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Thomas Rhein, Tel. 0911/179-3008
oder e-Mail: thomas.rhein@iab.de

ISSN 0942-167X